



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 6 - V - 5 1 - 0 0 4 2**
(Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) II

Verzicht auf Kündigungen der noch laufenden Verträge mit Freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

G o ß m a n n

Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz

Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr-, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Verzicht auf Kündigungen der noch laufenden Verträge mit Freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe sowie Auswirkung der Urteile des BGH vom 20.10.2016 zur Haftung der Kommunen für Verdienstaussfall von Eltern wegen fehlender Kita-Plätze.

Anlagen:

Beschluss Nr. 0539 StVV vom 17.12.2015

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Mit Beschluss Nummer 0539 der StVV vom 17.12.2015 wurde der Magistrat beauftragt zur Konsolidierung notwendige (auch außerordentliche) Kündigungen von Verträgen mit Freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe und anderen Vertragspartnern unter Berufung auf die Haushaltssituation der Stadt umzusetzen.
- 1.2 Soweit möglich wurden in 2016 Verträge beendet oder Verpflichtungen nicht eingegangen.
- 1.3 Für die noch laufenden Verträge mit Freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe kann durch den Einsatz von Restmitteln und ungeplanten Landeserstattungen aus Vorjahren eine Kündigung vermieden werden. Dies ist auch im Hinblick auf die drei aktuellen Urteile des BGH vom 20.10.2016 (Aktenzeichen: III ZR 278/15, III ZR 302/15, III ZR 303/15) zur Haftung der Kommunen für Verdienstaussfall von Eltern wegen fehlender Kita-Plätze zwingend erforderlich, da sonst der Bestand geschmälert würde.
- 1.4 Die vorhandenen Deckungsmittel für das Jahr 2017 stehen noch unter dem Vorbehalt einer möglichen Rückzahlungsverpflichtung. Eine abschließende Klärung wird im ersten Halbjahr 2017 erfolgen.
- 1.5 Eine Deckungsmöglichkeit für das städtische Personal im Bereich Kindertagesstätten im Rahmen von KiFöG und von in 2014/2015 beschlossenen neuen Kindertagesstätten, die nicht in den Eckdaten berücksichtigt wurden, ist in 2016 und 2017 nicht vorhanden.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Durch die vorhandenen Deckungsmittel wird auf Kündigungen der noch laufenden Verträge mit Freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe, wie im Beschluss Nummer 0539 der StVV vom 17.12.2015 aufgeführt, verzichtet.
- 2.2 Sofern eine Deckung aufgrund einer möglichen Rückforderung (s. 1.4) nicht möglich ist, sind die dann betroffenen Verträge mit Freien Trägern erneut zur Entscheidung bezüglich einer Kündigung dem Magistrat vorzulegen.
- 2.3 Auf eine Kündigung von städtischem Personal (und damit verbundene Schließung von Kindertagesstätten oder Reduzierung der Öffnungszeiten in Kindertagesstätten), wie unter 1.5 beschrieben, wird - auch im Hinblick auf die unter 1.3 erwähnten Urteile des BGH - verzichtet.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Die ungedeckten Personalkosten im Rahmen von KiFöG und von in 2014/2015 beschlossenen neuen Kindertagesstätten, die nicht in den Eckdaten berücksichtigt wurden, betreffen den Bereich des Personals in städtischen Kindertagesstätten. Eine Deckungsmöglichkeit besteht nicht.

Die Reduzierung der Personalkosten wäre nur durch die Schließung von Kindertagesstätten oder einer deutlichen Reduzierung der Öffnungszeiten möglich.

Durch die Sitzungsvorlage soll sowohl den Freien Trägern Planungssicherheit für 2016/2017 gegeben werden, als auch das städtische Angebot im Bereich der Kindertagesstätten erhalten werden.

Beides ist auch in Hinblick auf die unter 1.3 erwähnten Urteile des BGH vom 20.10.2016 zur Haftung der Kommunen für Verdienstaufschlag von Eltern wegen fehlender Kita-Plätze zwingend erforderlich.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, . November 2016

☎ 4261 - bu

Goßmann
Bürgermeister